



MEDIENINFORMATION

Energiemangellage: Regierungsrat appelliert an Eigenverantwortung

Die Stromversorgungssituation ist derzeit stabil. Daher hebt der Kanton die Energiesparmassnahmen in der Verwaltung auf und der kantonale Führungstab beendet seinen Einsatz. Dennoch sollen die Anstrengungen zur Reduktion des Stromverbrauchs im Alltag fortgesetzt werden. Auch Optimierungen in der Gebäudetechnik werden weiter vorangetrieben.

Aufgrund der drohenden Stromknappheit im Winter/Frühling 2022/2023 hatte der Nidwaldner Regierungsrat im vergangenen September den kantonalen Führungstab (KFS) mit der Vorsorge- und Eventualplanung beauftragt, um die Auswirkungen einer Energiemangellage in der Bevölkerung abzufedern. Gleichzeitig wurde eine interne Krisenorganisation aufgebaut, um das Energiesparpotenzial in der kantonalen Verwaltung zu eruieren und entsprechende Massnahmen abzuleiten. Die Energiesparmassnahmen in der Verwaltung wurden mit den Gemeinden koordiniert und in gemeinsamer Absprache umgesetzt. Neben alltäglichen Richtlinien wie konsequentem Lichterlöschen oder reduzierter Heiztemperatur wurde auf baulicher Seite beispielsweise das Ersetzen von herkömmlichen Glühbirnen durch LED-Lampen fortgesetzt und eine Analyse über die verbrauchsstärksten Liegenschaften wie die Gebäude an der Kreuzstrasse oder das Kollegium in Stans erstellt.

Aus Sicht des Nidwaldner Regierungsrates haben sich die Energiesparmassnahmen weitestgehend bewährt. Mittlerweile hat sich die Versorgungssituation in der ganzen Schweiz wieder entspannt – dank des milden Winters, aber auch dank der Unterstützung von Bevölkerung und Wirtschaft. Der Bundesrat schätzt die Lage als stabil ein. Deshalb lockert der Regierungsrat die Massnahmen für die kantonale Verwaltung. Er hat entschieden, die verwaltungsinterne Krisenorganisation aufzuheben, den Einsatz des kantonalen Führungstabes zu beenden und damit wieder in die ordentlichen Strukturen überzugehen.

Gleichzeitig appelliert der Regierungsrat, an den Gewohnheiten zum schonenden Umgang mit Strom festzuhalten. Dies einerseits aus ökologischen Gründen, aber auch im Hinblick auf weitere Winter, in denen die Energieversorgung knapp sein kann. Die bereits vorgenommenen Optimierungen in den Gebäudetechnik-Bereichen werden fortgesetzt, um den Stromverbrauch dauerhaft zu reduzieren. «Die

Situation hat sich zwar entspannt, doch das Risiko einer Energiemangellage im nächsten Winter ist nach wie vor präsent. Daher ist es wichtig, dass wir unsere Anstrengungen für einen massvollen Energieverbrauch aufrechterhalten und gerade die nächsten Monate dazu nutzen, technische Aufrüstungen vorzunehmen – auch um für allfällige Stromausfälle noch besser gewappnet zu sein», hält Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser-Frutschi fest.

Sollte sich im kommenden Winter tatsächlich wieder eine Energiemangellage abzeichnen oder sich die Situation anderweitig merklich verschärfen, behält sich der Regierungsrat vor, den KFS neuerlich zu reaktivieren, um von den Vorsorge- und Eventualplanungen, die laufend weiterentwickelt werden, zu profitieren.

RÜCKFRAGEN

Karin Kayser-Frutschi, Justiz- und Sicherheitsdirektorin, Telefon +41 41 618 45 83, erreichbar am Mittwoch, 26. April, von 11.30 bis 12.00 Uhr.

Stans, 26. April 2023